

**Kanzlei Brezelmann & Kollegen**

Rechtsanwälte · Fachanwalt für Zivilrecht

Maximilianstraße 28 · 90402 Nürnberg

Tel.: 0911 2244 680 · Fax: 0911 2244 681 · kanzlei@brezelmann-collegen.de

Steuernr.: 241/127/55678 · USt-IdNr.: DE298877112

---

Unser Zeichen: BRZ-2025-447-MF

Nürnberg, den 15.08.2025

An das

**Amtsgericht Nürnberg**

Flaschenhofstraße 35

90402 Nürnberg

In dem Rechtsstreit

**InkassoZentrale GmbH ./. Gottlieb von Altenhausen**

Az.: [wird vom Gericht vergeben]

## **Klageerwiderung**

Namens und in Vollmacht des Beklagten, Herrn **Gottlieb von Altenhausen**, Lorenzer Straße 3, 90402 Nürnberg, wird beantragt,

### **die Klage abzuweisen.**

**Begründung:****I. Erfüllung der Hauptforderung vor Klageeinreichung**

Die Klage ist hinsichtlich der Hauptforderung in Höhe von € 698,00 unbegründet, da der Beklagte diese Forderung bereits am **26.06.2025** – mithin einen Tag vor Einreichung der Klage am 25.07.2025 und nahezu einen Monat vor deren Zustellung – vollständig durch Überweisung an die Ursprungsgläubigerin ModeFuchs GmbH beglichen hat.

Die Hauptforderung ist damit durch Erfüllung gemäß **§ 362 Abs. 1 BGB** erloschen. Die Zahlung erfolgte unter dem Verwendungszweck „R-20250406-3098“ und ist der streitgegenständlichen Forderung eindeutig zuzuordnen.

**Beweis:** Kontoauszug der Musterbank Nürnberg vom 26.06.2025 (**Anlage B 1**)

Dass die Klägerin gleichwohl Klage erhoben hat, obwohl ihr die Zahlung der Hauptforderung spätestens seit dem internen Vermerk vom 01.07.2025 bekannt sein musste, ist befremdlich und begründet einen Kostenerstattungsanspruch des Beklagten hinsichtlich der Hauptforderung gemäß **§ 93 ZPO**.

**II. Kein Verschulden des Beklagten am Zahlungsverzug**

Der Beklagte bestreitet, den Zahlungsverzug verschuldet zu haben. Ihm waren die Mahnungen der ModeFuchs GmbH ohne sein Verschulden nicht bekannt geworden.

#### **a) Phishing-Vorfall und verschärfter Spamfilter**

Der Beklagte wurde im März 2025 Opfer eines Phishing-Angriffs auf seinen E-Mail-Account. In der Folge hat er – auf Anraten seines IT-Dienstleisters – die Sicherheitseinstellungen seines E-Mail-Kontos erheblich verschärft. Der Spamfilter wurde so konfiguriert, dass unbekannte Absender automatisch aussortiert werden. Die automatisierten E-Mail-Mahnungen der ModeFuchs GmbH wurden von diesem Filter erfasst und gelöscht, ohne dass der Beklagte hiervon Kenntnis erlangte.

**Beweis:** Zeugnis des IT-Dienstleisters des Beklagten (wird bei Bedarf benannt)

#### **b) Umzug und fehlender Nachsendeauftrag**

Hinzu kommt, dass der Beklagte im April 2025 innerhalb Nürnbergs von der Kaiserstraße 47 in die Lorenzer Straße 3 umgezogen ist. Während des Umzugs war er häufig nicht zu Hause. Ein Nachsendeauftrag bei der Deutschen Post wurde verspätet eingerichtet, sodass die postalischen Mahnschreiben der ModeFuchs GmbH den Beklagten mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nicht erreicht haben.

**Beweis:** Bestätigung des Nachsendeauftrags der Deutschen Post (**Anlage B 2**)

#### **c) Sofortige Zahlung nach Kenntnisnahme**

Der Beklagte hat unmittelbar nach erstmaliger Kenntnisnahme der offenen Forderung durch das Inkassoschreiben der Klägerin die Hauptforderung vollständig beglichen. Dies zeigt, dass er zu keinem Zeitpunkt die Absicht hatte, die Zahlung zu verweigern oder zu verzögern.

### **III. Zu den Nebenforderungen im Einzelnen**

#### **1. Verzugszinsen**

Ein Anspruch auf Verzugszinsen setzt gemäß § 286 Abs. 4 BGB Verschulden des Schuldners voraus. Aufgrund der besonderen Umstände (Phishing-Vorfall, Spamfilter, Umzug mit verspätetem Nachsendeauftrag) trifft den Beklagten kein Verschulden am Zahlungsverzug. Die Verzugszinsen sind daher nicht geschuldet.

Selbst wenn man Verschulden bejahen wollte, wäre der Verzugszins allenfalls ab Zugang des Inkassoschreibens (ca. 12.06.2025) zu berechnen, nicht ab dem 18.04.2025, da der Beklagte erst durch das Inkassoschreiben Kenntnis von der offenen Forderung erlangte.

#### **2. Mahngebühren**

Die geltend gemachte Mahnpauschale von € 5,50 ist ebenfalls nicht geschuldet, da die Mahnungen den Beklagten nicht erreicht haben und somit nicht zugegangen sind im Sinne des § 130 BGB.

#### **3. Inkassokosten**

Die Erstattungsfähigkeit von Inkassokosten setzt nach ständiger Rechtsprechung des BGH voraus, dass es sich um einen erforderlichen und zweckentsprechenden Aufwand handelt (BGH, Urt. v. 22.10.2019 – VIII ZR 95/18). Angesichts der Tatsache, dass der Beklagte die Forderung nicht schuldhaft verzögert hat, fehlt es bereits an den Voraussetzungen des § 286 BGB.

Darüber hinaus wurde die Klageerhebung trotz vorheriger Kenntnis der Hauptforderungszahlung vorgenommen. Die Klägerin hätte die Klage nicht einreichen dürfen, nachdem ihr die Zahlung der

Hauptforderung spätestens am 01.07.2025 bekannt war.

#### **IV. Kostenentscheidung gemäß § 93 ZPO**

Hinsichtlich der Hauptforderung von € 698,00 hätte die Klägerin die Klage nicht erhoben, wenn sie die vor Klageeinreichung erfolgte Zahlung berücksichtigt hätte. Der Beklagte hatte keine Veranlassung zur Klageerhebung gegeben, da er die Hauptforderung sofort nach Kenntnis beglichen hat. Die Kosten des Rechtsstreits hinsichtlich der Hauptforderung sind daher gemäß **§ 93 ZPO** der Klägerin aufzuerlegen.

Der Beklagte erkennt die Hauptforderung nicht an, da sie bereits erfüllt ist. Vielmehr beantragt er, die Klage insgesamt abzuweisen.

---

#### **Anlagenverzeichnis**

<b>Anlage B 1</b>	Kontoauszug Musterbank Nürnberg vom 26.06.2025
<b>Anlage B 2</b>	Bestätigung Nachsendeauftrag Deutsche Post

Mit freundlichen Grüßen

**Kanzlei Brezelmann & Kollegen**

RA Brezelmann